

René Rudolf
Bundesjugendsekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes

DGB-Jahresauftaktpressekonferenz 2011

Berlin, 13. Januar 2011

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine Generation ist in Bewegung – das ist 2011 der Leitsatz für uns als Gewerkschaftsjugend. Wir wollen, dass sich Schülerinnen und Schüler, Azubis, Studierende, junge Beschäftigte aktiv beteiligen, mitreden und letztendlich auch mitbestimmen.

In den letzten Jahren haben wir uns bereits intensiv mit der Situation unserer Generation auseinandergesetzt. Um als Gewerkschaftsjugend aber noch besser zu wissen, an welchen Stellen setzen wir an, fragen wir nach: Wie wollt ihr leben, wovon träumt ihr, wo drückt euch der Schuh am meisten? So können wir die relevanten Themen angehen und die Jugendlichen davon überzeugen, dass es sich für sie lohnt, bei den Gewerkschaften und in Jugend- und Auszubildendenvertretungen mitzumachen.

Die Voraussetzungen sind gut: Denn mehr als 60 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren finden Gewerkschaften und Betriebsräte wichtiger denn je.(1) Im Gegensatz zur Politik, Parteien, Kirchen, Banken und großen Wirtschaftsunternehmen haben sie ein solides Vertrauen zu uns.

Gleichzeitig – und das ist angesichts der Lebens- und Arbeitssituation vieler junger Menschen überhaupt nicht verwunderlich – steigt ihre Unzufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem und den politischen Entscheidungsträgern.

Warum? Die Antwort darauf fällt leicht: viele Berufsbiographien von jungen Menschen werden immer prekärer.

Die Lebensrealität vieler junger Menschen sieht doch so aus:
Ein großer Teil der jugendlichen Schulabgänger findet immer noch keinen betrieblichen Ausbildungsplatz oder sie müssen sich mit einer schlechten Alternative zufrieden geben. Überdurchschnittlich oft müssen sie in unsicheren Verhältnissen arbeiten und finden sich in Leiharbeit, Schein-Selbständigkeit oder unfreiwillige Teilzeit wieder. Sie werden in langen Praktikaphasen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt und arbeiten oftmals zu Niedriglöhnen, die kaum zur Befriedigung alltäglicher Bedürfnisse ausreichen.

In Zahlen heißt das: Jedes Jahr verschwinden fast 400.000 Jugendliche nach der Schule in Warteschleifen und Maßnahmen – ohne Aussicht auf eine qualifizierende Ausbildung. Etwa 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 haben keine abgeschlossene Ausbildung – das entspricht etwa 17 Prozent dieser Altersgruppe. Knapp 40 Prozent der Beschäftigten zwischen 15 und 24 Jahren arbeiten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und mehr als 30 Prozent der Erwerbstätigen unter 35 Jahren arbeiten zu prekären Bedingungen.

Junge Beschäftigte sind somit die unfreiwilligen Vorreiter einer immer flexibler werdenden Berufswelt. Sie bezahlen den Preis für eine jugendfeindliche und einseitige Politik der letzten Jahre.

Aber – und das ist gut: Die Protestbereitschaft nimmt zu. Der überwiegende Teil der Jugendlichen ist bereit, sich politisch zu engagieren. Allein eine viertel Million Schülerinnen, Schüler und Studierende beteiligten sich am Bildungsstreik 2010. 47 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 12 und 25 Jahren sind bereit sich persönlich politisch auf unterschiedliche Weise zu engagieren (2). Und 60 Prozent sind bereit, für ihre Interessen gemeinsam mit anderen auf die Straße zu gehen und an Protestaktionen teilzunehmen. (3)

Diese Bereitschaft junger Menschen, sich für die Gestaltung ihrer Zukunft zu engagieren, ist ein enormes Potenzial, das wir ansprechen, aktivieren und organisieren wollen. Denn die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der jungen Generation steht für uns als DGB-Jugend im Zentrum unserer Arbeit.

Deshalb starten wir im kommenden Monat (Februar 2011) unsere Initiative „Wie wollen wir leben?“ Damit geben wir der jungen Generation eine Plattform, um ihre Meinungen, Ängste und Utopien zu artikulieren und in den Fokus der öffentlichen Auseinandersetzung zu rücken, gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln und diese stark zu machen.

Denn oft genug fallen die Interessen und Bedürfnisse der jungen Generation unter den Tisch. Oder werden schlichtweg ignoriert. Wir erwarten von den Regierenden, sich endlich ernsthaft für die Belange der jungen Generation einzusetzen. Zu tun gibt es wahrlich genug:

Gleiche Bildungschancen für alle schaffen

In kaum einem anderen Land ist der Zusammenhang zwischen Elternhaus (sozio-ökonomischer Herkunft) und Bildungschancen so hoch wie in Deutschland. Wer hier einmal schlechte Voraussetzungen hat, bleibt häufig abgehängt. Und zwar von der Grundschule an bis mitten hinein ins Erwerbsleben – oder eben in die Erwerbslosigkeit.

- 34 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren, deren Vater keinen oder einen einfachen Schulabschluss hat, erreichen keinen Abschluss oder einen Hauptschulabschluss.(2)
- Von 100 Kindern von Nicht-Akademikern erreichen 45 Prozent den Abschluss der Sekundarstufe 2, bei den Kindern von Akademikern sind es 81 Prozent.(4)
- 49 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 34 Jahren mit Hauptschulabschluss waren bereits länger als 6 Monate am Stück arbeitslos. Von den Abiturienten nur 13 Prozent.(5)
- 58 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren ohne Schulabschluss/mit Hauptschulabschluss betrachten die eigene Zukunft ängstlich, pessimistisch oder resigniert.(1)

Die Forderung der Gewerkschaftsjugend zu diesen erschreckenden, aber realistischen Zahlen, ist eindeutig: Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Für mehr Gerechtigkeit in diesem Land brauchen wir gute Bildung und Ausbildung für alle.

Eine qualitativ gute Ausbildung gewährleisten

Nach wie vor gibt es schwerwiegende Mängel hinsichtlich der Ausbildungsqualität, die in den einzelnen Berufen sehr unterschiedlich sind. Ausbildungsfremde Tätigkeiten, Überstunden, teilweise ohne Ausgleich und fehlende Betreuung durch Ausbilderinnen und Ausbilder gehören zu den negativen Spitzenreitern. In manchen Ausbildungsbranchen muss wirklich eher von „Ausbeutung“ denn von „Ausbildung“ gesprochen werden. Angesichts dieser Tatsache ist die einseitige Debatte um die „Ausbildungsfähigkeit“ der Jugendlichen nichts als blanker Hohn.

Im September 2011 drehen wir den Spieß um: Wir werden uns ganz genau anschauen, wie „ausbildungsfähig“ die Unternehmen in Deutschland eigentlich sind. Mit unserem Ausbildungsreport werden wir aufzeigen, in welchen Berufen junge Menschen eine qualitativ hochwertige Ausbildung erhalten und wo es gravierende Mängel gibt. Gleichzeitig wollen wir der Jugend mit einem möglichst detaillierten Bild von der Qualität der Berufsausbildung eine Orientierung bei der Suche nach dem richtigen Ausbildungsberuf geben.

Den Jugendarbeitsschutz sichern

Vor allem die Hotel- und Gaststättenbranche tut sich immer wieder negativ hervor, wenn es um die Qualität der Ausbildung geht. Gleichzeitig fordern die Hotels und Gaststätten die Verlängerung der Nacht- und Wochenendarbeit für Minderjährige und somit die Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Und die Bundesregierung folgt dieser Lobby. Sie hat in ihrem Koalitionsvertrag dazu bereits Fakten geschaffen. Das JArbschG wird dort als „Ausbildungshemmnis“ gesehen.

Schutzvorschriften zu „Ausbildungshemmnissen“ zu erklären, ist eine nicht hinnehmbare Diffamierung des Jugendarbeitsschutzes. Junge Menschen benötigen ausreichend Schutz in der Ausbildung. Deshalb haben wir eine Kampagne unter dem Motto „Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz“ gestartet. Wir werden verhindern, dass eine Bundesregierung, die eben noch eine „Mövenpick-Steuer“ verabschiedet hat, nun auch die Ausweitung der Arbeitszeiten von Minderjährigen in Hotels und Gaststätten umsetzt und dieser Lobby ein nächstes Geschenk macht. Die Resonanz auf unsere Kampagne ist wie erwartet sehr groß. Das zeigt einmal mehr, dass wir den Nerv der Auszubildenden getroffen haben.

Unbezahlte Scheinpraktika unterbinden

Seit Jahren werden reguläre Stellen durch Scheinpraktika ersetzt. Noch immer ignorieren viele Unternehmen die öffentliche Debatte um die Ausnutzung von Praktikanten und machen weiter wie bisher. Und auch die Bundesregierung sieht derzeit keine Notwendigkeit, rechtliche Regelungen zum Schutz von Praktikanten einzuführen.

Wir erwarten aber, dass die Bundesregierung handelt und junge Menschen schützt. Das Praktikum muss gesetzlich als Lernverhältnis definiert werden und nicht dazu missbraucht werden, reguläre Stellen, mit fairer Bezahlung zu verdrängen. Und wir brauchen endlich eine Begrenzung der Praktika auf drei Monate, eine Vergütung von mindestens 300 Euro pro Monat sowie fachliche Betreuung im Praktikum.

Eigentlich wäre es an der Bundesregierung, belastbare Daten in Bezug auf die Generation Praktikum zu erheben. Da dies bisher nicht geschehen ist, werden wir als DGB-Jugend diese Lücke füllen. Im Frühsommer 2011 werden wir eine eigene repräsentative Studie zur Generation Praktikum vorlegen. Und auf dieser Grundlage den Druck auf die Regierung erhöhen.

Das, meine Damen und Herren, sind die Herausforderungen für uns an der Schwelle ins zweite Jahrzehnt des neuen Jahrtausends. Wir packen es an.

Unsere Initiative „Wie wollen wir leben?“ startet in drei Wochen. Mit der Initiative wollen wir Jugendliche aus allen Teilen der Gesellschaft erreichen, um gemeinsam eine Idee davon zu entwickeln, wie wir zukünftig leben wollen. Wir werden in verschiedenen Phasen aktiv sein. Zunächst befragen wir die junge Generation zu den großen Themen Arbeit, Bildung und Freiheit. Dafür nutzen wir alle Kanäle: die klassische Face-to-face-Befragung in der Fußgängerzone oder Online-Tools, um mit so vielen Jugendlichen wie möglich in Kontakt zu kommen. Anschließend starten wir auf Grundlage der Ergebnisse der Befragung einen öffentlichen Diskussionsprozess in unseren Dialogwerkstätten vor Ort, in den Betrieben und Universitäten.

Und wir werden uns aktiv ins politische und gesellschaftliche Geschehen einbringen. Ob mit Veranstaltungen, Demonstrationen, Straßenaktionen, Youtube-Clips und diversen Guerilla-Kommunikations-Taktiken – wir werden präsent sein in 2011. Einen Schwerpunkt bilden die Landtagswahlen in sieben Bundesländern. Diese Anlässe werden wir konsequent nutzen und mit vielfältigen Aktionen die Themen der jungen Generation, Arbeit, Bildung und Freiheit in den Fokus rücken. Wir sind es leid, dass permanent über unseren Kopf hinweg entschieden wird. Und dass die Zukunftschancen der Jungen seit Jahren mehr und mehr beschränkt werden. Dieses Jahr wird zeigen, dass man mit uns rechnen muss.

Unser Statement für 2011 – Wir bringen eine Generation in Bewegung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Weitere Informationen zur Arbeit der DGB-Jugend finden Sie unter:

www.dgb-jugend.de

www.dr-azubi.de

www.wie-willst-du-leben.de

www.dgb-jugend.de/studium/praktika

Quellennachweis:

1 „Generation Krise“ Neon/Gruner + Jahr

2 Shell-Jugendstudie 2010

3 Forsa – Befragung DGB Jugend September 2009

4 HBS-Studie zur Lage der jungen Generation

5 TNS Infratest Politikforschung für die IG Metall 2009/2010